

Landtagsbeilage zur Sächsischen Staatszeitung

Nr. 78.

zu Nr. 140 des Hauptblattes.

1927.

Beauftragt mit der Herausgabe Regierungsrat Brause in Dresden.

Landtagsverhandlungen.

(Fortsetzung der 36. Sitzung von Donnerstag, den 16. Juni 1927.

Punkt 2: Beratung über den Antrag des Abg. Döttcher u. Gen. auf Auflösung des Landtags. (Drucksache Nr. 390.)

Der Antrag Nr. 390 lautet: Der Landtag wolle beschließen: Der Landtag löst sich auf.

Abg. Döttcher (Komm. — zur Begründung): Die Regierungskrise in Sachsen ist ein trefflicher Anschauungsunterricht über Parlamentarismus und bürgerliche Demokratie. Angesichts der ernsten weltpolitischen Lage ist ja der Ministerpräsident in Sachsen in seiner Wirkung gleich einer politischen Don-Quixoterie. Das Gewerbe der einzelnen Fraktionen um die Ministerseite, die Presse-Campagne der bürgerlichen Parteien, das tägliche Käsekratzen, ob Wilhelm oder Weber, ob Helldorf oder Eisner, die täglichen Kuhhandeleien in den Fraktionszimmern, ob sieben Ministerseite oder ob sechs Ministerseite, ob ein Ministerpräsident oder kein Ministerpräsident, ob Beseitigung des Arbeitsministeriums oder Nichtbeseitigung des Arbeitsministeriums, das alles wirkt angesichts der ungeheuren Kriegsgefahr, angesichts des bevorstehenden Zusammenpralls zweier gigantischer Weltmächte wie eine lächerliche Farce. Die Deutschnationalen, die erst gegen die Republik aufgetreten sind, die Deutschnationalen, die im engen Bunde mit den Kaiserhaumördern und den Erbsüßmördern stehen, die die Feme organisiert haben, die Organisationen gebildet haben zur Niederwerfung der Republik, diese Deutschnationalen können jetzt plötzlich nicht genügend Ministerseite in der Republik bekommen. (Sehr wahr! links. — Zuruf rechts: Sehr schön gesagt!) Die Krise, die wir in Sachsen gegenwärtig haben, ist die allerbeste Demonstration gegen die Kleinhaarelei überhaupt. (Abg. Dr. Kaffner: Das stimmt!) Die Bourgeoisie hat 1919 nicht die Kraft zur Schaffung des Einheitsstaates in Deutschland gehabt. Er wird auch nicht durch eine proletarische Revolution in Deutschland durchgeföhrt werden. Die kapitalistische Republik und ihr Bestandteil Sachsen ist ein Werkzeug des Großkapitals zur Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiterklasse, und dazu soll natürlich die sächsische Regierung in vollem Umfange von der Großbourgeoisie fähler wie bisher herangezogen werden.

Die Minister führen durch, was auf den Börsen und Banken beschlossen wird. Den besten Beweis liefert ja für die Tatsache, daß die Parlamente nur Ausschüßler sind und eine Kulisse zur Verschleierung der Diktatur des Großkapitals, das Großkapital immer wieder selbst. Die Vertreter der Großindustrie in Sachsen, die im Verband Sächsischer Industrieller zusammengeschlossen sind, haben auch in der berühmten Stresemannfeier in Dresden das offen zum Ausdruck gebracht. Herr Moras sagt in diesem seinem Vortrag, daß die sächsischen Industriellen bei Herrn Stresemann mehrmals Vorträge gehalten haben, sie haben sich also sofort an Herrn Stresemann gewendet und von ihm die Reichsregierung erwirkt. Also die Kapitalisten waren es, die diese Maßnahme zur Niederwerfung der Arbeiterklasse durchgeföhrt haben, über alle papierernen Bestimmungen der Verfassung hinweg. Wenn es nach dem Buch haben der Verfassung ginge, müßte Stresemann heute im Zuchthause sitzen. Stresemann meinte in seiner Antwort etwa, daß, wenn das Proletariat seine Rechte wahrnimmt, die Reichswehr gegen die Arbeiter marschieren muß. Also die Gewalt ist das Nachtmittel der Bourgeoisie, deren Wirken alle die Arbeiter und alle die Kleinbürger lernen, die auch auf dem Kieler Parteitage dem Arbeiter wieder gepredigt haben pazifistische Phrasen und demokratische Illusionen, so, wie es im Referat von Hülserding zum Ausdruck gekommen ist.

Herr Stresemann hat erklärt: Ich habe nie ein Eigeninteresse der Konsumtenten anerkannt, weil es keinen Menschen gibt, der nur Konsument ist, und weil Produktion und Konsumtion genau so zusammengehören wie Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Das ist die Frage der Arbeitsgemeinschaft der Wirtschaftsdemokratie, die von Herrn Stresemann aufgestellt wird, dieselbe Frage, die Herr Hülserding in dem Referat auf dem Kieler Parteitage in folgender Formulierung zum Vortrag brachte. Er erklärte: die Gesellschaft hat begriffen, daß es ihr Interesse ist, die Produktivität möglichst zu steigern. Das bedeutet nichts anderes, als daß die Gesellschaft erklärt, die Führung eines Unternehmens ist gesellschaftliche Angelegenheit. Damit fällt der letzte psychologische Einwand des Kapitalismus gegen den Sozialismus. Das ist die Deklaration des Klassenkampfes durch Hülserding. Der Klassenkampf löst sich in ein Redebüchlein auf, nach Hülserding in Überzeugungen gegenüber der Bourgeoisie. Das ist die Deklaration, die der Kieler Parteitag gegeben hat. Der linke Sozialdemokrat Edel erklärt im Landtag: wir sind völlig mit Herrn Hülserding und dem Parteivorstande einverstanden. Das beweist am besten, welchen politischen Charakter der Zentralismus der linkssozialdemokratischen Führer, wie sie in Sachsen die Organisation beherrschen, hat. Herr Hülserding hat die elementarsten Grundsätze des Marxismus verleugnet. Es ist die Illusion, als sei es der Arbeiterklasse möglich, mit dem Stimmgabel die politische Macht zu erobern. Gegenüber dieser Illusion, die in die Arbeiterklasse durch den Reformismus gebracht

wird, gilt es den schärfsten Kampf zu führen. Die marxistische Stellung der Arbeiter zum Staate ist vor allen Dingen wichtig wegen der ungeheuren Gefahren, von denen die Arbeiterklasse gegenwärtig bedroht wird, Gefahren innerpolitischer und außenpolitischer Natur. Die wichtigste Gefahr, der die Arbeiterklasse gegenübersteht, ist im Augenblick die imperialistische Kriegsgefahr. Die schönen Tage von Locarno, wo Stresemann, Cambrelain und Briand mit ihren Frauen gemeinsam auf der Drangenberg die Hochzeitsfeier des Völkerbundes machten, sind längst vorbei. Es wird jetzt der Kreuzzug gegen Sowjetrußland organisiert, und in Genf sind in den Verhandlungen der internationalen Geheimdiplomatie genau dieselben verbrecherischen Dinge im Gange, wie das bei der Vorbereitung des Weltkrieges 1914 der Fall war. Es geht heute bei der Schaffung der einzelnen Entente-Bündnisse nicht mehr gegen die einzelnen kapitalistischen Staaten untereinander, sondern heute ist der große weltgeschichtliche Gegensatz zwischen Imperialismus und Revolution zur Tagesordnung gestellt. Die Kampfmaßnahmen des englischen Imperialismus sind seit Besetzen Sowjetrußlands im Gange. Die Dinge sind nun ihren Lauf gegangen bis zum Gesandtenmord in Warschau. Stellen Sie sich einmal vor, es wäre ein Gesandter der französischen oder der englischen oder der amerikanischen Regierung ermordet worden, es wäre ein Gesandter einer anderen Regierung auf Berliner oder Pariser oder Londoner oder New Yorker oder auf römischem Boden gemordet worden, wie es dem russischen Gesandten in Warschau gegangen ist, wach eine kriegerische Hebe, welche unendlichen Verwundungen hätte sich daraus ergeben. Aber gegenüber Sowjetrußland gilt die Parole: Bogelrei! Der Chor der gesamten Staaten und Diplomaten ist sich über das Prinzip des Kampfes gegen Sowjetrußland vollständig einig. „Das Gespenst des Krieges geht um“, so schrieb die „Pravda“ vor wenigen Tagen. Es ist eine Tatsache, daß das Gespenst des Krieges umgeht, und in Deutschland wird systematisch für den Krieg organisiert. Das „Berliner Tageblatt“ von heute morgen meldet, daß die „Morning-Post“ eine Mitteilung Stresemanns veröffentlicht, nach der Stresemann erklärt hat, um den Preis der Rückgabe der Militärmacht an Deutschland, d. h. um den Preis einer noch härteren Verfassung des Bürgerrechts könne sich Deutschland in die Antisowjetfront öffnen einlassen. Der Kampf geht heute ja nicht mehr darum, ob sich die deutsche Bourgeoisie in die Antisowjetfront eingliedern soll, sondern der Kampf wird darum geführt, welchen Preis die deutsche Bourgeoisie erhalten soll für die Teilnahme am Kreuzzug gegen Sowjetrußland. Wir protestieren aufs Schärfste gegen die Kriegsheber und gegen die Kriegstreiber in Deutschland. Die Arbeiterklasse hat die Aufgabe, konsequent und unerschrocken den Kampf gegen den Weltkrieg aufzunehmen, denn der Kampf gegen den Weltkrieg, gegen den Krieg, gegen Sowjetrußland, sieht anders aus, als er sich in dem Referat Crippiens über die Internationale in Kiel dargestellt hat. Wir benutzen diese Regierungskrise und diese Mobilisierung der Arbeiter im Zusammenhange mit unserem Antrage auf Auflösung des Landtages dazu, den Kampf gegen die besitzende Klasse in Deutschland zu verschärfen. Der Kampf, den die Arbeiter gegen den Krieg, gegen die Reaktion im Innern und gegen die sächsische Bürgerblutregierung zu führen haben, dieser Kampf ist Klassenkampf und kann nur Klassenkampf sein. Auf dem Kieler Parteitag sind ja Richtlinien der Sozialdemokratie angenommen worden über das Wesen des bürgerlichen Staates und die Teilnahme der Sozialdemokratie am Staate. In diesen Richtlinien wird offen die Koalitionspolitik gefordert. Es wird ausdrücklich von einer Teilnahme der Sozialdemokratie an den Regierungen der Länder gesprochen. Das ist ebenfalls unmissverständlich und kann nicht geleugnet werden, wie es der Abg. Edel getan hat: wir sind nur dafür, in die Landesregierungen zu gehen, wenn wir eine Mehrheit haben, sondern der Beschluß des Kieler Parteitages, wie auch das Referat von Hülserding betonen ausdrücklich, daß die Sozialdemokratie Koalitionspolitik treiben muß. Wenn der Abg. Edel hier erklärt: wir sind mit Kiel einverstanden, dann erklärt er eben: die sächsischen Rinken sind einverstanden mit der Koalitionspolitik des Parteivorstandes. Das ergibt sich ja auch daraus, daß Liebmann tapfer den Antrag auf Austritt aus der Preußenkoalition auf dem Kieler Parteitage zurückgezogen hat. (Abg. Liebmann: Wer hat den zurückgezogen?) Wer diesen Antrag zurückgezogen hat, entzieht sich meiner Kenntnis; nach den Pressemeldungen ist es Liebmann gewesen. (Abg. Liebmann: Ja? Ihr seid ja verrückt!) Wir sehen also, daß die sozialdemokratischen Führer in Sachsen keinen ernsthaften Kampf gegen die Koalition mit der Bourgeoisie führen, sondern daß das ihnen eine sogenannte Zweckmäßigkeitfrage ist. Es ist ein Unsinn, in einer Regierung, wie z. B. in Preußen, Koalitionspolitik zu machen, und alles das, was in Sachsen von der Heldtregierung durchgeföhrt wird, in Preußen als Errungenschaft der Sozialdemokratischen Fraktion darzustellen und den Arbeitern in einem anderen Lande vormachen: wir sind Gegner der Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie wegen der Schäden, die für das Proletariat daraus erwachsen. Der Kampf der Arbeiter gegen die Kriegsgefahr, gegen die Herrschaft der Bourgeoisie kann nur als Klassenkampf geführt werden. Dazu ist notwendig, daß die Gewerkschaften ihre Aufgabe als Klassenkampforganisation des Proletariats erfüllen. Sie erfüllen diese Aufgaben aber nicht, im Gegenteil, wir haben im Laufe der Jahre immer wieder darauf hinweisen können, daß der sächsische A.D.B. eine Stütze der Bürgerblut-

regierung in Sachsen ist, und diese Rolle des sächsischen A.D.B. hat sich bis zum heutigen Tage nicht geändert. Die Anerkennung, die Braun und Severing gefunden hatten, gilt nicht so sehr den Personen, sondern ihrem Prinzip, der Arbeiterklasse auch dort zu dienen, wo man zu diesem Zwecke mit den Bürgerlichen zusammenarbeiten muß. Daß die Möglichkeiten, aber auch die Notwendigkeiten hierzu in den Länderparlamenten, deren Aufgaben fast in die Verwaltung hineinspielen, im besonderen Maße gegeben sind, haben nicht nur diese Männer der politischen Praxis bewiesen, der ganze Parteitag ist davon überzeugt mit Ausnahme der Sachsen. Uns Gewerkschaftlern drängt sich allerdings jeden Tag die Überzeugung auf, daß die Arbeiterklasse hier erst recht durch positive Mitarbeit viel mehr benutzt werden könnte als durch das immerwährende Schreien über den Verrat der anderen. Gegen eine offene Stellungnahme des sächsischen A.D.B. für die Koalitionspolitik müssen die Arbeiter draußen im Lande auf der ganzen Linie den Kampf aufnehmen. Wenn die Gewerkschaften in Sachsen nicht mehr die Verbindung mit den Leuten im Eisner in der Bürgerblutregierung halten, sondern wenn die Gewerkschaften in Sachsen Klassenpolitik treiben, kann eine Bürgerblutregierung in Sachsen keinen einzigen Tag länger existieren, dann wird sie hinweggeföhrt (Sehr richtig! links!) von außerparlamentarischen Aktionen der Arbeiterklasse, dann muß sie abtreten und Platz machen. Die Arbeiterklasse in Sachsen kann ihren Kampf gegen die Bürgerblutpolitik nur führen, wenn sie sich dazu auch die Bundesgenossen in der Kleinbauernschaft und unter den proletarisierten Mittelschichten, unter den Kleinhandlern und Kleingewerbetreibenden sichert. Auf dem Landeskongresse der Werktätigen im Mai 1921/22 in Dresden ist gerade dieses Bündnis der Kleinbauern mit der Arbeiterklasse in demonstrativer Form in Erscheinung getreten, und diese Kleinbauernorganisationen bilden heute ein Bündnis gegen die Politik des Landbundes. Dieses Bündnis der Arbeiter mit den Kleinbauern- und Mittelschichten wird von der kommunistischen Partei geführt und weiter gefestigt werden. Die sozialdemokratische Arbeiterklasse hat sich in Sachsen ebenfalls in einer sehr großen Zahl für das Bündnis mit der kommunistischen Partei entschieden, und es ist kein Zufall, daß in Sachsen die zentralistischen Führer jetzt gezwungen sind, gegen die Opposition der S.A. mit Ausschlußmaßnahmen vorzugehen. Daß ihre Presse die Sache totgeschwiegen hat, ist ganz natürlich, denn Sie wissen, daß die Grundgedanken, die in diesem offenen Brief enthalten sind, die Gedanken der Mehrheit der sozialdemokratischen Arbeiterklasse darstellen (Lachen b. d. Soz.), und weil Sie das wissen, deshalb fürchten Sie auch die prinzipiellen Auseinandersetzungen über diese Fragen, deshalb das Totschweigen dieser Frage vor der Arbeiterklasse. Sie können der Verantwortung der Frage nicht ausweichen, und wenn Sie sich von der Verantwortung brüden wollen, die Geschichte selbst wird eine Antwort geben.

Das, was hier in diesem parlamentarischen Frostscheiß vor sich geht, ist ja nur Vorpiegelung für diejenigen, die noch den bürgerlichen Parteien, die noch dem Reformismus nachlaufen, als habe das Volk wirklich das Recht, demokratisch mitzuregieren, das ist nur die parlamentarische Kulisse für die bürgerliche Diktatur. Keine bürgerlich-parlamentarische Regierung, keine parlamentarische Regierung innerhalb der bürgerlichen Demokratie ist imstande, den Sozialismus durchzuführen. Dazu ist allein imstande die Kraft des Proletariats, des Proletariats, das den bürgerlichen Staat stürzt, das bürgerliche Parlament beseitigen und die Herrschaft der Arbeiterklasse, die proletarische Diktatur aufrichten muß. Die Bourgeoisie kennt aus diesen Kreisen nur den einen Ausweg: ein neuer imperialistischer Krieg, und gegen diesen Ausweg der Bourgeoisie lehnt das Proletariat den Ausweg des Proletariats: Kampf für den Sozialismus! (Bravo! b. d. Komm.)

Abg. Dr. Eberle (Dnat.): Wir halten die Anträge für 1 und 2 in der heutigen Situation für nackte Agitationsanträge (Lachen links) und werden uns deshalb heute nicht an der Diskussion beteiligen. Wir werden beide Anträge ablehnen. Wir behalten uns unsere Stellungnahme vor, bis der Herr Ministerpräsident die Ministerliste gebildet haben wird und wir ein sachliches Urteil über seine Arbeit vorliegen haben. (Lachen links.) Dann werden wir auch nicht versäumen, den Herren, die uns vielleicht dann wieder einmal diese beiden Reden von heute halten werden — sie scheinen mir alle beide dazu angetan zu sein, auch das wiedergeben, was darin etwa Sachliches enthalten gewesen ist. (Abg. Döttcher: Also ran an die Futtertruppe! — Lachen links.)

Abg. Zittmann (Natio.): Wir halten es nicht für erforderlich, wie die vorhergehenden Redner der SPD. und der KPD. anlässlich des Mißtrauensantrags gegen den Ministerpräsidenten Heldt und des Auflösungsantrags große weltpolitische Erörterungen zu pflegen. Abg. Döttcher bringt zwar bei allen seinen Reden immer wieder die alten abgedroschenen Sachen aus der Vorkriegszeit von den großen Kapital- und Schloßbaronen, aber die Bankrott, die tatsächlich heute das Pest in der Hand hat, vergeht er regelmäßig.

Als feinerzeit das Kabinett Heldt aufgestellt wurde, erklärten die Nationalsozialisten: wir können diesem Kabinett ein Vertrauen nicht aussprechen; wir werden zunächst auch ein Mißtrauen nicht aussprechen (Rechtliches Lachen links), weil wir abwarten wollten, wie dieses Kabinett arbeitet. In der Zwischenzeit ist ein Fall eingetreten,